

Landesinfo **EXTRA** Baden-Württemberg

Solidarisch aus der Krise

Wahlkampagne in vollem Gang - die letzten Tage nutzen

Sahra Mirow, Spitzenkandidatin der LINKEN. Baden-Württemberg und Luigi Pantisano haben am 27. Januar auf einer Online Pressekonferenz die Wahlkampagne und die Wahlplakate der LINKEN. Baden-Württemberg vorgestellt. Mit neun thematischen Plakaten drückt die Partei ihre Nähe zu sozialen Bewegungen aus und wirbt für einen solidarischen Weg aus der Krise.

„Solidarisch aus der Krise. Zusammen. Mit uns.“ - Das ist der zentrale Slogan, der sich auf allen Wahlplakaten findet.

Sahra Mirow erklärte dazu: „In der jetzigen Pandemiesituation verstärken sich viele verschiedene Krisen. Wir beobachten eine Verschärfung der sozialen Krise. Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung wird immer größer und die Klimakrise wartet nicht. Corona führt uns die Krise des Öffentlichen vor Augen. In Bildung und Gesundheit fehlen schon lange vor Corona Personal. Wir wollen jetzt die Weichen für einen solidarischen Weg aus der Krise stellen. Mit öffentlichen Investitionen für bezahlbare Mieten, für gute Bildung, für gute Gesundheit kommen wir solidarisch aus der Krise. Das geht zusammen, gemeinsam als Gesellschaft und da geht mit uns. Wir wollen unsere Konzepte für einen solidarischen Weg aus der Krise in den nächsten Landtag einbringen.“

Die neun Themenplakate setzen auf Inhalte und bieten einen Überblick über die Kernforderungen der LINKEN im Südwesten. Luigi Pantisano stellte die



Konzeption hinter den Themenplakate vor: „Uns zeichnet im Unterschied zu allen anderen Parteien aus, dass wir auf der Straße stehen, dass wir in Bewegungen aktiv sind. Sei es bei Fridays for Future, Seebrücke oder Black Lives Matter. Mit dem Scherenschnitt auf unseren Plakaten wollen wir zeigen, dass wir die Stimme der sozialen Bewegung sind, die in den Landtag einziehen will.“

Auf allen Plakaten findet sich der Hashtag #linksBWegt. DIE LINKE ist nicht nur aktiv in sozialen Bewegungen, sondern will auch Bewegung in den Landtag bringen.

Mit 36.000 Themenplakate und 7.000 Personenplakaten, mit Großflächenpla-

katen, einer Wahlzeitung und dem Kurzwahlprogramm als Massenflier wird die Partei in den kommenden Wochen bis zur Landtagswahl landesweit präsent sein.

Endspurt - alle Wahlmaterialien verteilen

Viele Leute haben schon gewählt, aber viele andere sind noch nicht entschieden. Wir bitten deshalb alle Mitglieder: steckt unsere Zeitungen und Flyer in die Briefkästen. Unterstützt den Wahlkampf mit coronagerechten Aktionen und im Netz. Wer Materialien braucht: bitte schnelle Rückmeldung an die Kreisverbände oder direkt an info@die-linke-bw.de, 0171-1268215

Sahra Mirow und Bernd Riexinger:

Versagen des Landes in der Wohnungspolitik

„Bei der Wohnungspolitik könnten die Worte der Grünen und ihre Taten kaum weiter auseinandergehen. In Baden-Württemberg müssten 70.000 neue Wohnungen im Jahr und davon 30.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Tatsächlich wurden im letzten Jahr nicht mal 1.000 Sozialwohnungen gebaut, während Zehntausende auf bezahlbaren Wohnraum warten. Die Landeshauptstadt Stuttgart, die in den letzten Jahren von einem grünen Oberbürgermeister regiert wurde, ist nicht nur die teuerste Stadt Deutschlands, sondern auch landesweit steigen die Mieten trotz 10 Jahren grüner Landesregierung. Bei der Wohnungsfrage zeigt sich das komplette Versagen der Grünen in der Landesregierung.“

Sahra Mirow, Spitzenkandidatin der LINKEN in Baden-Württemberg, fordert daher: „Wir brauchen eine Offensive für bezahlbaren Wohnungsbau. Das Land muss über eine Landeswohnungsbaugenossenschaft die Kommunen beim Wohnungsbau unterstützen. Außerdem fordern wir einen Mietenzwang für sechs Jahre und eine neue Wohngemeinnützigkeit. Wohnen gehört in die öffentliche Hand und darf nicht weiter dem Markt überlassen werden.“

Verstöße gegen Mindestlohngesetz stoppen

Für landesspezifischen Mindestlohn von 13 Euro

Im Jahr 2020 wurden in Baden-Württemberg nur 5.245 Betriebsprüfungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit durchgeführt, 2019 waren es 7.450 Prüfungen. Bei jeder elften Prüfung wurde ein Mindestlohnverstoß aufgedeckt. Das ergab eine Anfrage von Bernd Riexinger (Parteivorsitzender und MdB) im Deutschen Bundestag.

Bernd Riexinger kommentiert diese Zahlen: „Dass die Anzahl der Betriebsprüfungen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit massiv gesunken ist, ist angesichts der Corona-Pandemie nachvollziehbar. Hinnehmbar ist dieser Zustand hingegen nicht. Kontrollen sind gerade jetzt wichtig. Denn mit jedem Mindestlohnverstoß entgehen dem Sozialstaat wichtige Einnahmen für gute Renten, für eine gute Gesundheitsver-

sorgung und die Bildung unserer Kinder. Unternehmen, die gegen das Mindestlohngesetz verstoßen, schaden der ganzen Gesellschaft und das wiegt während der Pandemie umso schwerer.“ Im Jahr 2020 wurden bei jeder elften Prüfung ein Mindestlohnverstoß aufgedeckt und damit häufiger als in den Jahren zuvor. (...)

Sahra Mirow, Spitzenkandidatin zur Landtagswahl und Landessprecherin der LINKEN Baden-Württemberg, bekräftigt: „Mindestlohnverstöße sind kein Kavaliersdelikt. Mindestlohnverstöße sind ein Betrug am Sozialstaat und an den Beschäftigten. Den Beschäftigten wird nicht nur der Lohn vorenthalten, sie werden auch um ihre Rentenansprüche betrogen. Und die Zahlen, die uns vorliegen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Wenn Unternehmen nur rund alle 60 Jahre damit

rechnen müssen, geprüft zu werden, wird sich an der Situation so schnell nichts ändern. Die Landesregierung muss Druck für gute Löhne machen und sich für mehr Kontrollen durch den Zoll in Baden-Württemberg einsetzen. Mindestlohnverstöße müssen gesellschaftlich geächtet und konsequent verfolgt werden. Der aktuelle Mindestlohn von 9,50 Euro reicht nicht zum Leben und führt in die Altersarmut. Es ist daher das Mindeste, dass sich die Landesregierung für die Einhaltung des Mindestlohns einsetzt. Das reicht aber nicht. Die Landesregierung muss sich für einen höheren Mindestlohn stark machen. Mit einer Einführung eines landesspezifischen Mindestlohns bei der Auftragsvergabe von 13 Euro muss das Land den ersten Schritt in die richtige Richtung gehen.“

Krise vertieft die Spaltung

Heike Hänsel (MdB) am 12.2. im Schwäbischen Tagblatt (Auszug)

Die Pandemie vertieft die soziale Spaltung in Deutschland. Diejenigen, die keine Rücklagen und niedrige Einkommen haben oder von Grundsicherung leben müssen, trifft es am härtesten. Denn durch den Lockdown steigen ja die Kosten gerade für Strom, Essen, fehlende Schulverpflegung etc. noch einmal an.

Der beschlossene Sozialpakt der Bundesregierung kommt viel zu spät und reicht bei weitem nicht aus. Bereits letztes Jahr hatte die Linke, so wie viele Wohlfahrtsverbände auch, einen Pandemiezuschlag von mindestens 100 Euro monatlich auf alle Sozialleistungen während der gesamten Corona-Krise gefordert, um zusätzliche Kosten zu kompensieren. Nun gibt es nur einmalig im Mai einen Zuschlag von 150 Euro

für die Monate Januar bis Juni 2021, während für Konzerne wie Lufthansa allein 9 Milliarden zur Verfügung gestellt wurden, dazu noch ohne Beschäftigungsgarantie. So bekämpft man keine Armut!

Dasselbe gilt für das Kurzarbeitergeld. Gerade für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen ist ein Kurzarbeitergeld in der aktuellen Höhe über mehrere Pandemienmonate existenzgefährdend. Mittlerweile arbeitet jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich. In Ostdeutschland ist es sogar jeder Dritte. Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit keine Angaben zu durchschnittlichen Höhen des Kurzarbeitergeldes machen kann, wird angesichts dieser Zahlen schnell klar, dass ein

beträchtlicher Teil der Kurzarbeiter in die Armut abrutscht. Die Linke hat frühzeitig ein Kurzarbeitergeld in Höhe von 100 Prozent des Nettoentgeltes für Mindestlohnbeschäftigte gefordert. (...) Wir begrüßen die Initiative der Gewerkschaften Verdi und NGG für ein branchenunabhängiges Mindest-Kurzarbeitergeld von monatlich 1200 Euro und haben diesen Antrag diese Woche im Bundestag eingebracht. Würde die Bundesregierung auf Abrüstung statt Aufrüstung mit einem neuen Rekordwert von 53 Milliarden Euro Militärausgaben setzen, wäre deutlich mehr Geld vorhanden für Corona-Rettungspakete, die alle auch erreichen, und für den Schutz vor Armut und Existenznot. Denn auch Armut macht krank.

Jessica Tatti (MdB): Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Bettentour für Mehr Personal in Gesundheit und Pflege (hier mit MdB Jessica Tatti) unterwegs in Reutlingen und als Aktion auch in mehreren Städten.

Bericht nach Ausstrahlung des RTF-Fernsehen:

Die Mitglieder der Tübinger und Reutlinger Fraktionen der Partei "DIE LINKE" haben diese Woche mit Straßen-

aktionen für ein solidarisches Gesundheitssystem demonstriert.

Ausgestattet mit OP- Kitteln und



einem Krankenbett zogen unter anderem Heike Hänsel, die Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Tübingen, die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti sowie Achim Kessler gesundheitspolitischer Spre-

cher der Fraktion die Linke im Bundestag, durch die Gassen der Tübinger Altstadt, um über mit der Bevölkerung über die Situation in der Pflege und in Krankenhäusern ins Gespräch zu kommen.

Ziel war es darauf aufmerksam zu machen, dass die LINKE, gerade jetzt in der Pandemie, aber auch generell die bestmögliche medizinische Versorgung für alle im Land umsetzen möchte. Das bedeute auch das Ende der Privatisierung und das Zurückholen des Gesundheitssystems in die öffentliche Hand, so Jessica Tatti. Außerdem fordert die LINKE eine gerechte Entlohnung der Pflegekräfte. Gerade die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig die Arbeit dieser Menschen sei, so Tatti abschließend.

Migrantische Realitäten abbilden

Gökay Akbulut (MdB): Quote ist ein mögliches Instrument

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deutschland ist divers – mit knapp 26 Prozent hat die deutsche Bevölkerung eine diverse Migrationsgeschichte und prägt so seit Jahrzehnten unsere Gesellschaft. Oft wird diese Realität aber immer noch nicht angemessen abgebildet. Menschen mit Migrationsgeschichte sind nach wie vor unterrepräsentiert: in den Medien, in den Führungsetagen, im Öffentlichen Dienst und in politischen Ämtern. Strukturelle Benachteiligungen sind schuld daran, dass Sie nicht „reingelassen werden“. Denn mehr Repräsentation bedeutet nicht nur für Menschen mit Migrationsgeschichte „einen Platz ein zu räumen“, es bedeutet eben auch für einige Menschen, endlich die eigenen Machträume zu öffnen und ihre Machtpositionen zu räumen.

Die Repräsentation von Abgeordneten mit Migrationsgeschichte spiegelt weder in den Landtagen noch im Bundestag die gesellschaftliche Realität wider. Ge-

genwärtig sind Abgeordnete mit Migrationsgeschichte in Bundestag gerade mal mit 8 Prozent vertreten. Anders als im Öffentlichen Dienst ist eine Quote in Parlamenten nicht machbar, die freie Wahl ist heilig – und so muss es auch bleiben! An dieser Stelle müssen die Parteien in die Pflicht genommen werden. Im Öffentlichen Dienst wiederum wäre eine Quote legitim, für die Verbesserung der Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Diskriminierung und Rassismus betroffenen Menschen.

Wir stellen seit Jahren in vielen Bereichen eine Ungleichbehandlung fest und wollen diese ausgleichen. Als ein Instrument hält Gökay Akbulut eine Quote, die sich am Anteil von Personen mit Migrationsgeschichte in der gesamten Bevölkerung orientiert, für legitim. Wir sind eine diverse Gesellschaft und es kann nicht sein, dass sich das nicht auch im Öffentlichen Dienst widerspiegelt.

Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan.

Tobias Pflüger (MdB)

Im Januar und am 9. Februar 2021 wurden erneut Geflüchtete nach Afghanistan abgeschoben auch aus Baden-Württemberg. Tobias Pflüger, im Bundestag Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südasiens, zu der auch Afghanistan gehört, sagt dazu: "Uns liegen viele Informationen vor, dass die Situation in Afghanistan gefährlich ist, Abschiebungen nach Afghanistan verbieten sich." Die Situation ist so gefährlich, dass es klare Reisehinweise des Auswärtigen Amtes gibt: "Vor Reisen nach Afghanistan wird gewarnt. Deutsche Staatsangehörige werden aufgefordert, Afghanistan zu verlassen." Das "Institute for Economics & Peace" stuft Afghanistan 2020 als das gefährlichste Land der Welt ein. Zu Anschlägen und Kämpfen zwischen afghanischen Truppen und Taliban oder IS kommt nun die hohe Covid-19-Ansteckungsquote in Afghanistan. Es wird in der jüngsten Coronavirus-Einreiseverordnung als

Hochinzidenzgebiet eingestuft.

Im Dezember 2020 hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg festgelegt: "Derzeit darf auch ein alleinstehender, gesunder und arbeitsfähiger, erwachsener Mann nicht nach Afghanistan abgeschoben werden, weil es ihm dort angesichts der gravierenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge der COVID-19-Pandemie voraussichtlich nicht gelingen wird, auf legalem Wege seine elementarsten Bedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Hygiene zu befriedigen." Dieses Urteil kann nur heißen: sofortiger Abschiebestopp! Verantwortlich für diese Politik gegenüber Geflüchteten ist der Innenminister der grün-schwarzen Landesregierung Thomas Strobl (CDU). Aber auch die Rolle der Grünen ist kritisch zu sehen, den entgegen entgegen bundesweiter Absichtserklärungen tragen sie diese Politik mit.

Michel Brandt (MdB) kritisiert Lieferkettengesetz als zahnlosen Tiger

Als Absage an den wirksamen Schutz der Menschenrechte kritisierte Michel Brandt den Kompromiss der Bundesregierung für ein Lieferkettengesetz. Ohne Unternehmenshaftung sei das Gesetz zahnlos. Immer wieder sehen deutsche Unternehmen bei Menschenrechtsverstößen weg und profitieren sogar davon. „Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden können, sonst bleibt alles wie es ist“, so Brandt im zuständigen Bundestagsausschuss. Unverantwortlich sei es auch, die Einhaltung von Standards in der Lieferkette auf wenige Unternehmen zu beschränken und auf die lange Bank zu schie-

ben. Wenn erst ab 2024 nur Firmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten menschenrechtliche Verantwortung für ihre Lieferkette haben, betrifft das nur rund 2.900 von insgesamt 3,5 Millionen Unternehmen in Deutschland. Menschenrechte bleiben damit ein blinder Fleck in der deutschen Wirtschaft. DIE LINKE fordert ein wirksames Lieferkettengesetz, das Unternehmen konsequent in die Pflicht nimmt, die Standards einzuhalten. Es muss die größtmögliche Anzahl von Unternehmen, die gesamte Wertschöpfungskette und auch ökologische Sorgfaltspflichten für Unternehmen einschließen.

Gewerkschafter:innen fordern: Rettungsschirm für die Industriearbeitsplätze in unserer Region Baden-Württemberg.

Kein Kahlschlag, keine Standortschließungen und Verlagerungen

In den Automobilkonzernen und der Zuliefer-Industrie brennt die Hütte. Im Wochen-Takt hagelt es neue Angriffe und Drohungen der Unternehmen gegen ihre Belegschaften. Massiver Stellenabbau bis hin zu Entlassungen, Standortschließungen und Verlagerungen, sind an der Tagesordnung. Das hat nicht immer etwas mit E-Mobilität oder Industrie 4.0 zu tun. Die Corona-Krise wird von vielen Managern missbraucht, um gewaltige Kostensenkungsprogramme zu Lasten der Beschäftigten durchzudrücken.

Die Corona-Krise als Brandbeschleuniger: Wir akzeptieren nicht, dass die Krise auf die Beschäftigten abgewälzt wird, um die Renditen hoch zu halten. (...)

Wir unterstützen die Forderungen der IG Metall für eine „Soziale, ökologische Transformation“.

Jetzt müssen wir die Weichen in die richtige Richtung stellen. Dazu brauchen wir eine gemeinsame kurz-, mittel- und langfristige Strategie für die Betriebe in Baden-Württemberg, für die wir gemeinsam kämpfen. Nur gemeinsam mit den Beschäftigten können wir die Auseinandersetzung gewinnen.

Die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde!

Arbeitszeitverkürzung sichert und schafft neue Arbeitsplätze. Dabei kann auf einen Entgeltausgleich nicht verzichtet werden. Erste Betriebsvereinbarungen z.B. zur Vier-Tage-Woche zeigen in die richtige Richtung.

Der vollständige Aufruf mit den Forderungen kann heruntergeladen und unterschrieben werden unter:

<https://www.change.org/Rettungsschirm>



